

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 24 (1944-1945)
Heft: 8

Artikel: Gewerkschaftliche Zukunftsaufgaben
Autor: Belina, Josef
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-335113>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Möglichkeiten. Gewiß werden die reaktionären kapitalistischen Gegenkräfte in Europa nicht immer freiwillig abtreten wollen, und es wird mancherorts auf eine Gewaltprobe ankommen müssen; dann wird «*die Gewalt* die Geburtshelferin der alten Gesellschaftsordnung sein, die mit einer neuen schwanger geht». Aber diese Kämpfe, die nicht immer blutig sein müssen, werden *innerhalb* der betroffenen Länder, also bloß innerpolitisch, ausgetragen werden können. Denn die beiden weltpolitischen Mächtegruppen, die Sowjetunion einerseits und die Angloamerikaner andererseits, werden mit größtem Eifer darüber wachen, daß von keiner fremdländischen Seite eine militärische Intervention gewagt wird. So wird also in Europa das kapitalistische System eine Position nach der andern räumen müssen, weil es hier zu morsch geworden ist, um wiederum die Proletariatsmassen in einem brudermordenden Völkerkrieg aufeinanderhetzen zu können. *Trotz des siegreichen Vormarsches des revolutionären Sozialismus in Europa wird das friedliche Nebeneinander zwischen der Sowjetunion und den Angloamerikanern im Sinne der Pläne von Teheran ungestört bleiben können!*

-ao-

Gewerkschaftliche Zukunftsaufgaben

Von Josef Belina

I. Das Internationale Arbeitsamt

Die Delegierten zur außerordentlichen Konferenz des Internationalen Arbeitsamtes in Neuyork und Washington waren sich schon im Jahre 1941 klar, daß das IAA nur dann seine Aufgaben erfüllen könne, wenn ihm eine verwaltungstechnisch und finanziell unabhängige Position gesichert wird. Die bisherigen Erfahrungen – ganz besonders während des Krieges – haben bewiesen, daß die durch den Versailler Friedensvertrag erfolgte Bindung an den Völkerbund nur hemmend wirkt. Viel deutlicher als zuvor kam auch zum Ausdruck, was tiefer schürfenden Sozialpolitikern schon längst klar war: daß man nämlich wirksame Sozialpolitik nur auf einem stabilen Wirtschaftsgrund betreiben kann. Wer auf diesem Gebiete praktisch etwas erreichen will, muß auch die Möglichkeit haben, die Wirtschaft zu beeinflussen, und das nicht nur im nationalen, sondern ganz besonders auch im internationalen Maßstabe.

Diese 1941 allgemein von Vertretern der Regierungen, Unternehmern und Arbeitern zum Ausdruck gebrachten Grundsätze wurden von der im Herbst 1943 in London stattgefundenen Sitzung des Verwaltungsrates des IAA in festere Formen gebracht. Dem Amt wurde auferlegt, für die ordentliche 26. Konferenz des IAA, die für April 1944 nach Philadelphia einberufen wurde, konkrete Unterlagen für die zukünftige Tätigkeit und Stellung des IAA auszuarbeiten. Die acht vorgelegten Berichte zeichnen sich durch die übliche Genauigkeit und Gewissenhaftigkeit aus, welche allen Publikationen des IAA zu eigen ist. Es würde einer eingehenden Studie bedürfen, um sie auch nur auszugsweise zu behandeln, und wir

müssen uns daher auf ein Gebiet beschränken, welches uns vor allem als Gewerkschafter interessiert.

In den bisherigen Diskussionen — und Philadelphia hat dazu außerordentlich viel beigetragen — wurde nämlich eine völlig neue Idee erarbeitet, und es ist außerordentlich erfreulich, festzustellen, daß besonders die britische Regierung diesen Gedankengängen sympathisch gegenübersteht. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir sagen, daß das gewerkschaftliche Empfinden des britischen Arbeitsministers, Ernest Bevin, dabei einen nicht geringen Anteil hat.

Kurz gesagt, handelt es sich dabei um eine teilweise Dezentralisierung des IAA nach den einzelnen Industriezweigen. Es ist eine alte Erfahrung des IAA, daß sowohl in den Konferenzen wie in den Verwaltungsratssitzungen alle Fragen nur allgemein besprochen werden konnten. Dadurch war es immer viel schwieriger, zu konkreten Ergebnissen zu gelangen, während beispielsweise das als ständiger Arbeitsausschuß funktionierende Maritime Komitee bereits mit ausgearbeiteten Vorschlägen an Konferenz und Verwaltungsrat herantreten konnte. In der Zwischenzeit hatten sich bereits die Transportarbeiter, Textilarbeiter, Bergarbeiter und die britische Sektion der Metallarbeiter-Internationale an das IAA mit dem Ersuchen um Schaffung ähnlicher Komitees gewendet.

Die Arbeitergruppe im IAA beschäftigte sich vor der Konferenz in Philadelphia unter Beiziehung von Vertretern der vorerwähnten vier Berufsinternationalen mit dieser Frage und gelangte zu einem zustimmenden Beschluß. Allgemein wurden die guten Ergebnisse der Tätigkeit der Maritimen Kommission anerkannt. Es waren aber die Transportarbeiter selbst, die auf einen Nachteil hinwiesen: daß die Kommission nämlich nur eine zweiseitige Beschickung aufwies, von Unternehmern und Arbeitern, während die Regierungen fernblieben. Dies wurde damit begründet, daß man den beiden Parteien Gelegenheit bieten solle, bestehende Differenzen untereinander auszugleichen, wobei die Regierungen als eventuelle Vermittler und Schiedsrichter im Hintergrund blieben. Im Interesse der Beschleunigung des Verfahrens und der Erhöhung der Autorität dieser industriellen Komitees schlug die Arbeitervertretung die Hinzuziehung der Regierungsvertreter vor, womit auch dem allgemeinen Grundsatz des IAA der dreiteiligen Vertretung Rechnung getragen würde. Die Konferenz von Philadelphia stimmte auch im wesentlichen dieser Argumentation bei, ohne zu einem direkten Beschluß zu kommen. Es wurde vielmehr dem Amt aufgetragen, die Dinge neuerlich zu prüfen und einer für Herbst 1944 nach London einzuberufenden Verwaltungsratssitzung einen konkreten Antrag vorzulegen.

Wir sind heute nicht berechtigt, über diese Vorschläge zu berichten. Es kann aber gesagt werden, daß der Grundsatz der dreiteiligen Vertretung sympathisch beurteilt wird. Die britische Regierung hatte der Konferenz von Philadelphia einen Antrag unterbreitet, wonach in erster Linie derartige industrielle Komitees für nachfolgende Industriezweige eingeführt werden sollten: Bergbau, Eisen- und Stahlindustrie, Maschinenbau und verwandte Industrien, Bauindustrie, Textilindustrie mit Subkomitees für Wolle, Baumwolle und Kunstseide, Eisenbahn-, Straßen- und Land-

transport, Docks und Verteilungsbetriebe (Handel). Im Laufe der Diskussionen stellte es sich heraus, daß auch die chemische Industrie, die Erdölgewinnung und -raffinierung, der Luftverkehr und die elektrotechnische Industrie für eine ähnliche Arbeitsteilung in Betracht kämen.

Man war und ist sich freilich klar, daß es nicht sehr erfolgversprechend wäre, mit einer großen Anzahl von Komitees zu starten. Es entspricht auch nicht der angelsächsischen Gepflogenheit, die mehr auf Erfahrung als auf papierene Grundsätze baut, die Komitees von vornherein mit konstitutionellen Bestimmungen zu belasten, wonach sie dies zu tun und jenes zu unterlassen haben. Eben weil es sich um etwas grundsätzlich Neues handelt, soll die praktische Erfahrung zeigen, wie die Komitees arbeiten können, wobei auch keineswegs gesagt ist, daß sie alle nach der gleichen Schablone vorzugehen haben. Deshalb ist beabsichtigt, zunächst eine kleinere Anzahl der wichtigsten und organisatorisch vorbereitetsten Industrien auszuwählen und ihnen Gelegenheit zur Arbeit zu geben.

Bei der Bedeutung der Metallindustrie ist wohl anzunehmen, daß vor allem die geschlossene und in ihrem organisatorischen sowie produktiven Aufbau relativ einfache Eisen- und Stahlindustrie herangezogen werden wird. Das gleiche trifft für den Bergbau zu. Da die Vorbereitungen in der Textilindustrie bereits ziemlich weit gediehen sind, dürfte sich auch diese in der ersten Auswahl finden, wobei aber von vornherein Subkomitees für Wolle sowie für Baumwolle und Kunstseide nötig sein werden. Da man mit einer absoluten Zerrüttung des kontinental-europäischen Transportsystems rechnen muß, wäre auch hier engste internationale Zusammenarbeit praktisch denkender Menschen vonnöten. Indessen mag gerade die Kompliziertheit der unmittelbar bevorstehenden Probleme noch etwas hindernd wirken. Im Maschinenbau sind die Verhältnisse sehr ungleichmäßig, und es wird da noch mancher Erfahrungen und vielen organisatorischen Ausbaus bedürfen, ehe auf nationalem und ganz besonders auf internationalem Gebiete annähernd gleichmäßige Bedingungen entstehen. Der Krieg hat indessen drei große Produktionszweige in den Vordergrund gerückt und auch die produktiven Voraussetzungen weitgehend vereinheitlicht, nämlich den Automobil- und Flugzeugbau. Es ist daher anzunehmen, daß durch entsprechende Auswahl diese Großindustrien zur Basis des künftigen Komitees für den Maschinenbau werden dürften. Die übrigen Industrien würden dann je nach den gewonnenen Erfahrungen und ihrer organisatorischen Vorbereitung entsprechend nachfolgen.

Technische Gründe haben die Vertagung der geplanten Sitzung des Verwaltungsrates des IAA bewirkt, und sie wird vermutlich erst im Jänner in London stattfinden. Desto gründlicher können die in Frage stehenden Anträge vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus diskutiert werden.

Da es sich um Spezialkomitees handelt, würden naturgemäß nicht alle Mitgliedstaaten automatisch in ihnen vertreten sein. Sie würden dadurch zu groß und daher arbeitsunfähig, besonders wenn die dreiteilige Vertretung zum Grundsatz erhoben wird. Die Internationale Arbeitskonferenz würde daher für jedes Komitee jene Staaten bestimmen, die vom weltproduktionellen Standpunkt aus eine wichtige Stellung in dem betreffenden Industriezweig ausüben. Höchstens 20 Staaten sollten ausgewählt wer-

den, die in jeder Gruppe maximal zwei Delegierte entsenden können, so daß eine Höchstbesetzung von 120 Mitgliedern zustande käme. Um den Grundsätzen des IAA nachzukommen, wäre die gesamte Delegation von der betreffenden Regierung zu nominieren, jedoch in Übereinstimmung mit den zuständigen Interessenvertretungen der Arbeiter und Unternehmer.

Zweifellos würde es sich auch empfehlen, den betreffenden Berufsinternationalen der Metallarbeiter, Bergarbeiter, Textilarbeiter, Transportarbeiter usw. eine direkte Vertretung einzuräumen, da sie ja eigentlich befugt sind, im Interesse der Gesamtheit der Arbeiter des jeweiligen Industriezweiges zu sprechen. Vermutlich würden dadurch auch die Unternehmer angehalten, ähnliche weltumspannende Organisationen in ihrem Bereich zu schaffen.

Um schließlich die Verbindung zum Verwaltungsrat des IAA herzustellen und zu festigen, könnte auch dieser eine Delegation in die einzelnen Komitees entsenden, während umgekehrt die Komitees in Fragen, die ihre Tätigkeit und ihre Empfehlung betreffen, dem Verwaltungsrat durch ihren Vertreter direkt berichten könnten. Dies wäre eine absolute Neuerung in der Prozedur des IAA, aber man erkennt unschwer, daß der ganze Vorschlag etwas grundsätzlich Neues bedeutet.

Die Konstituierung solcher Komitees würde auch nach einer besseren Organisation der betreffenden Industrie auf nationaler Basis rufen. Um wirklich autoritär im Namen der Gesamtindustrie eines Landes sprechen zu können, müßten sich die Vertreter vorher mit ihren Mandataren beraten, vermutlich aber auch sogar untereinander als Gruppen der Arbeiter und Unternehmer, eventuell auch unter Hinzuziehung der Regierungsvertreter. Dadurch würden nationale Industriekomitees entstehen, die auch ihrerseits im eigenen Wirkungskreise zur Festigung der produktiven Ordnung und zum Ausgleich in den Arbeitsbedingungen, damit aber auch zur Glättung der Konfliktsflächen beitragen könnten. Im Hinblick auf die internationalen Aufgaben müßten sich auch die Berufsorganisationen der Arbeiter und Unternehmer weit mehr als bisher mit den Produktions-, Rohstoff- und Arbeitsproblemen ihrer Industrie vom internationalen Standpunkt aus und im internationalen Zusammenhang beschäftigen.

Es ist leicht zu verstehen, daß der Erfolg oder Mißerfolg einer solchen weitreichenden Reorganisierung des IAA von der Fähigkeit und Bereitschaft der einzelnen Komitees und ihrer Mitglieder abhängt. Wenngleich naturgemäß die Komitees keine Beschlüsse im eigenen Wirkungskreise fassen können, sondern als Organe des Verwaltungsrates und der Arbeitskonferenz wirken, so können sie doch bei fachgemäßer Arbeit im Laufe der Zeit eine derartige Autorität erlangen, daß ihre Vorschläge und Empfehlungen der Annahme in den konstitutionellen Instanzen des IAA gewiß sein können.

An Aufgaben würde es den Komitees zweifellos nicht fehlen. Die Probleme der Übergangsperiode vom Krieg zum Frieden werden viel internationale Zusammenarbeit und Verständigung erfordern. Man wird sich auf ein Mindestmaß des sozialen Schutzes einigen müssen, wird sich mit

der Frage der besten Ausnützung der vorhandenen Arbeitskräfte auseinanderzusetzen haben. Die Überprüfung der wirtschaftlichen Grundlagen der einzelnen Industrien vom internationalen Standpunkt aus wird schon an sich weitreichender Beratungen bedürfen. Die Frage der Arbeitszeit, der Frauenarbeit und ihrer Bedingungen, der Aufrechterhaltung der mannigfachen Neueinrichtungen, die der Krieg in den westlichen Demokratien mit sich gebracht hat und die vielfach einen großen Auftrieb für die Ausgestaltung der Sozialpolitik und der Betriebsdemokratie bedeuten, Austausch von Informationen und direkte Besprechung der gemeinsamen, aber auch der widerstreitenden Probleme – das alles würde wahrscheinlich sogar mehr erfordern als gelegentliche Zusammenkünfte, um zu einer wirklich wirksamen internationalen Zusammenarbeit und Verständigung zu gelangen.

II. Das IAA und Dumbarton Oaks

Neben der Regelung dieser Fragen wird sich die Notwendigkeit weitgehender internationaler Koordinierung auch auf andern Gebieten ergeben. Die bisherigen internationalen Konferenzen, wie die Währungsberatungen von Bretton Woods, die mit der UNRRA verknüpften Probleme, der Abbau, möglicherweise aber auch Um- und Ausbau der Bestimmungen der Überlassungs- und Leihvereinbarungen (*Lease and Lend*), die internationale Zivilluftfahrtkonferenz von Chicago mit ihren möglichen Auswirkungen, Transportfragen überhaupt, Post-, Telegraphen- und Rundfunkverkehr, internationale Regelung der Ein- und Auswanderung und der Bevölkerungsbewegung überhaupt, Regelung der Zuteilung von Lebensmitteln und Rohstoffen – sie alle und wahrscheinlich noch viele andere auftauchende Probleme müssen zum Ausgangspunkt engster internationaler Zusammenarbeit unter einheitlicher Leitung werden. Der Internationale Gewerkschaftsbund hat in seinen Vorschlägen zur künftigen Sozial- und Wirtschaftsordnung bereits darauf Bezug genommen.

Die Konferenz der drei führenden Großmächte in Dumbarton Oaks hat neben den allgemeinen Richtlinien für eine neue weltpolitische Organisation auch die Schaffung eines Wirtschafts- und Sozialrates in Aussicht genommen. Er soll unter der Autorität der neuen politischen Weltorganisation und des Sicherheitsrates wirken und die Tätigkeit der mannigfachen internationalen Gebilde, die sich mit wirtschaftlichen und sozialen Fragen beschäftigen, zusammenfassen. Das ist durchaus zu begrüßen, und schon die Abwicklung verschiedener zeitweiliger Organisationen oder ihr Umbau in dauernde Institutionen wird weitgehender gemeinsamer Übereinstimmung und Zusammenarbeit bedürfen.

Es wäre aber ein großer Fehler, wenn etwa geplant sein sollte, auch das IAA mit in den Aufgabenbereich des Wirtschafts- und Sozialrates einzubeziehen. Das ist aber bei der geplanten Zusammensetzung dieses Rates kaum anzunehmen, da ja hier ausschließlich Regierungsvertreter von 18 Mitgliedstaaten teilhaben sollen. Da das IAA im wesentlichen auf dem Grundsatz der dreiteiligen Vertretung von Regierungen, Unternehmern und Arbeitern aufgebaut ist, was sich in der praktischen Arbeit außer-

ordentlich bewährte und jetzt noch der Ausgestaltung im Sinne der Ausführungen im ersten Teil dieser Abhandlung bedarf, wäre es für die Gewerkschaftsbewegung wohl untragbar, wenn die organisierten Arbeiter aus der Mitentscheidung über die sie in erster Reihe betreffenden Fragen und Regelungen ausgeschaltet werden sollten.

Die Konferenz von Philadelphia hat sich unter Beteiligung aller drei Gruppen die bereits 1941 in Neuyork zum Ausdruck gekommenen Tendenzen nach größerer Selbständigkeit des IAA zu eigen gemacht, und man darf daher füglich annehmen, daß die zukünftige internationale Regelung so gedacht ist, daß die mit den verschiedenen Spezialaufgaben betrauten internationalen Organisationen unter der Leitung des Wirtschafts- und Sozialrates arbeiten, während das IAA daneben als zentrale Körperschaft für alle sozialpolitischen und allgemein industriellen Fragen wirkt. Nur auf diese Weise kann eine wirklich fruchtbare und den Interessen der Arbeiterschaft förderliche Zusammenarbeit erzielt werden.

Die vorstehenden Ausführungen zeigen aber, daß die allgemeine Tendenz eher in umgekehrter Richtung weist. Es ist kein Zufall, daß das IAA eine gewisse und unter Umständen weitgehende Dezentralisierung seines Aufgabenkreises vorschlägt. Es genügt nicht mehr, sich nur den rein gewerkschaftlichen oder sozialpolitischen Verpflichtungen zu widmen. Die Wirtschaftspolitik ist aufs engste mit der Sozialpolitik verknüpft, ja, ihre eigentliche Existenzbasis. Ohne vernünftige Wirtschaft keine gedeihliche Sozialpolitik, aber auch keine entsprechenden Löhne, keine Aufrechterhaltung und Steigerung des Lebensstandards, keine dauernde und nutzbringende Beschäftigung für alle unter Ausschaltung der auch politisch so gefährlichen Massenarbeitslosigkeit. Der Krieg hat einen mächtigen Antrieb zur Betriebsdemokratie gebracht, und man wird erst nach dem Kriege alle die vielen und meist erfolgreichen neuen Einrichtungen auf dem europäischen Kontinent studieren können, nachdem er durch mehr als fünf Jahre von der allgemeinen Entwicklung abgeschnitten war. So werden die Gewerkschaften viel mehr als in der Vergangenheit zu Trägern des Wirtschaftsgedankens werden müssen, in ihrem eigenen Lande und international. Sie wußten es schon lange, daß die Frage des Lohnes, der Arbeitszeit, der sozialen Sicherung eine politische und eine wirtschaftliche Frage war. Jetzt werden sie in der wirtschaftlichen Sphäre ihr praktisches Mitbestimmungsrecht zum Ausdruck bringen wollen.

Das erfordert in den einzelnen Ländern den strikten Zusammenschluß in einheitliche Industrieverbände, der international seinen Ausdruck in parallelen Berufsgruppierungen finden muß. Die Berufssekretariate werden ausgebaut werden müssen, damit sie zu wirklichen Hauptquartieren der Arbeitervertretungen der verschiedenen Industriezweige werden. Das kann der IGB nicht leisten, da seine Aufgaben auf ganz anderen Gebieten liegen.

Man wird sie etwa mit jenen des vorbesprochenen Wirtschafts- und Sozialrates vergleichen können. Obwohl die Verhältnisse und Vorbedingungen in den einzelnen Industriegruppen verschieden sein werden und daher auch verschiedenartig gelöst werden müssen, wird es doch einer

gemeinsamen Idee, einer gemeinsamen Politik bedürfen. Hier wird der IGB mit viel größerer Autorität als in der Vergangenheit auftreten können, wenn er sich auf starke und in der Zusammenarbeit mit dem IAA verankerte Industrie-Internationalen stützen können. Die neue Entwicklung wird die Gewerkschaftsbewegung zur wirklichen Internationalität und Universalität zwingen, man wird sich nicht mehr auf eine kontinental-europäische Rumpfindernationale beschränken können. Und ein solches weitgespanntes Gebilde arbeitsfähig zu gestalten und zu erhalten, wird man vermutlich Regionalgruppierungen schaffen müssen, die ebenfalls mit verschiedenartigen Verhältnissen im gleichen Industriezweig zu rechnen haben werden. Hier eine reibungslose Zusammenarbeit zwischen diesen regional und industriell geteilten Organisationskörpern zu ermöglichen, wird höchstes Ziel des neuen, weltumspannenden IGB sein müssen. Der ihm damit zugeteilte Aufgabenkreis wird nicht leicht zu bewältigen sein.
